



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 20. Februar 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Weil US-Präsident Donald Trump der pakistanischen Regierung per Twitter vorwarf (ja, so beginnen Sätze über Außenpolitik im Jahr 2018...), sie würde mit Terrorist*innen kooperieren und daraufhin Militärinvestitionen strich, leitet Pakistan Maßnahmen ein, die eine Rückkehr afghanischer Geflüchteter möglich erscheinen lassen. Das befürchten die UN. Die Aufenthaltserlaubnisse für afghanische Geflüchtete wurden zuletzt nicht mehr weiter als bis März verlängert. Die UN plane nun nicht mehr mit 300.000 Rückkehrer*innen sondern mit 700.000. Bereits 2016 kehrten eine Million Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft in das kriegszerissene Land zurück. Die Rückkehrer*innen zählen mit den Binnengeflüchteten zu den verletzlichsten Gruppen. Sie leben in Lagern oder Gastgemeinden. Zudem wurden durch den Krieg in 2016 660.000 Menschen obdachlos, 2017 waren es 450.000.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/afghanistan-un-befuerchten-massenrueckkehr-von-fluechtlingen/20957326.html> (13.02.18)
- In Dänemark findet sich offenbar eine immer breitere Allianz – nachdem das Asylrecht seit 2015 60 mal verschärft wurde – das Recht auf Asyl komplett abzuschaffen. Die Sozialdemokrat*innen, eigentlich in der Opposition, haben ein Papier vorgelegt, dessen Inhalte von der konservativ-liberalen Koalition wohl ohne große Bedenken auf Zustimmung stoßen werden. Demnach soll es künftig überhaupt nicht mehr möglich sein, einen Asylantrag auf dänischem Territorium zu stellen. In Nordafrika soll es von Dänemark finanzierte „Aufnahmezentren“ geben, wo auch diejenigen hingeführt werden, die in Dänemark Asyl beantragten. In diesen „Zentren“ wird der Asylantrag geprüft, ist der Bescheid positiv, darf der Mensch in dem Lager bleiben. Oder in dem Land, wo das Lager steht. Explizit: der Mensch darf nicht nach Dänemark obwohl er von der dänischen Verwaltung beschieden bekommt, dass er*sie verfolgt wird. Die Reaktion der Regierungskoalition: hätten wir auch gern, aber die nordafrikanischen Staaten hatten was dagegen. Im Gegenzug möchten die Sozialdemokrat*innen aber wieder Kontingentgeflüchtete aus dem UN-Programm aufnehmen. Eine Asylpolitik nach australischem Vorbild, interpretiert die *Welt*. Die Sozialdemokrat*innen bandeln weiterhin mit der rechten Dänischen Volkspartei an. In anderthalb Jahren wird in Dänemark gewählt.
<https://www.welt.de/politik/ausland/article173471518/Daenemark-Sozialdemokraten-wollen-Asylrecht-abschaffen.html> (19.02.18)

- Die ungarische Regierung geht hart gegen die Unabhängigkeit von Nichtregierungsorganisationen vor. NGOs, die Spenden aus dem Ausland erhalten, sollen eine Steuer von 25 Prozent zahlen müssen, alle NGOs müssten sich eine Genehmigung des Innenministeriums einholen. Werden diese Regeln nicht beachtet, drohen Geldstrafen, wenn nicht die Auflösung. Bereits heute müssen sich NGOs bei Gericht registrieren lassen und als „Organisation, die Unterstützung aus dem Ausland erhält“ in allen Publikationen kennzeichnen. Die EU-Kommission hatte Ungarn auf Grund dieser Bestimmungen beim Europäischen Gerichtshof verklagt.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/viktor-orban-fluechtlinge-helfer-gesetz> (18.02.18)

Bund, Land, Kommune

- Im Januar 2018 wurden 12.285 neuankommende Schutzsuchende in Deutschland registriert.
<https://www.tagesschau.de/inland/flucht-181.html> (13.02.18)
- Die Transitzentren in Bamberg und Manching in Bayern gelten als Vorbild für die Kasernierung von Menschen in sogenannten „AnkER“-Zentren. Laut Rechtsexpert*innen lassen sich solche Lager aber nicht mit rechtsstaatlichen Prinzipien in Einklang bringen. Abgeschottete Lager in denen es keine Privatsphäre, ein lückenloses Kontrollsystem und keine Rechtsberatung gebe, gehe einfach nicht. Anfragen von Journalist*innen bei CDU, CSU und SPD zu ihrer rechtlichen Bewertung solcher Lager blieben unbeantwortet beziehungsweise wurde die Problematik nicht gesehen. Ein weiterer Vorwurf der Expert*innen: es werden auch verschiedene Rechtswege verwischt, zum Beispiel bei der Frage, für wen ein normales und für wen ein beschleunigtes Asylverfahren gelte. Dies sei zum Beispiel bei der Frage der Beschulung ein wichtiger Aspekt. Der *BR* schließt mit den Worten, und die Ausführlichkeit des Zitats sei verziehen: „Aber der Umgang mit Schulkindern, er ist wohl nur das Puzzleteil eines fragwürdigen Ganzen der Sonderzentren in Bamberg und Ingolstadt/Manching. Seit nun über zwei Jahren wird in diesen regelmäßig keine Rücksicht auf die wirkliche Aufenthaltsdauer der Menschen im Land genommen, werden bei Krankheiten, die einer Abschiebung im Weg stehen können, Amtsärzte oft nicht mehr gefragt, werden auch Entlassungsbriefe von Krankenhäusern als Gutachten einer vermeintlichen "Reisefähigkeit" umgedeutet, werden Atteste ebenso ignoriert wie Schulzeugnisse.“ Sicher ist: Wenn staatliche Diskriminierung kein vorbildhaftes Modell für Deutschland sein kann, dann sind es auch die Sonderzentren in Bamberg und Ingolstadt/Manching nie gewesen - weder für Bayern noch für die gesamte Republik.
<https://www.br.de/nachrichten/bayerns-asyl-sonderzentren-verfehlen-wohl-geltendes-recht-100.html> (19.02.18)
- Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wendet sich gegen die Pläne der möglichen Koalition aus CDU/ CSU und SPD, Schutzsuchende in Lagern kasernieren zu wollen. Das Einrichten, Betreiben, Überwachen und Absichern solcher Lager sei nicht die Kompetenz der Bundespolizei. Gleichzeitig wehrt sich bereits in Bayern die Landespolizei, zusätzliche Aufgaben in den dort bereits errichteten, sogenannten „Transitzentren“ zu übernehmen. Grundsätzlich finden die Polizist*innen den Gedanken, „Asylverfahren an einem Ort zu bündeln“, sinnvoll. Schön. Sehen wir jetzt alle mal uns Menschen als Dinge an, die es in Verwaltungsverfahren zu bündeln gilt und dann läuft das mit dieser sogenannten Gesellschaft schon fast wie von selbst.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/polizei-wir-sind-keine-lagerwaechter-1.3870341> (16.02.18)
- Vorvergangene Woche wurde in Hessen ein traumatisierter Zwölfjähriger nach Mazedonien abgeschoben worden. In Deutschland lebte er bei seiner Großmutter, in Skopje wurde er von seinem gewalttätigen und drogensüchtigen Vater in Empfang genommen. Ein Arzt, der ehrenamtlich Geflüchtete in einer Erstaufnahmeeinrichtung behandelt und dafür

ausgezeichnet worden war, hat die Auszeichnung nun wegen dieser Abschiebung zurückgegeben.

<http://www.fr.de/rhein-main/protest-gegen-abschiebung-arzt-schickt-ehrung-zurueck-a-1446650>
(13.02.18)

- In einem offenen Brief haben sich 16 Vereine und Initiativen, darunter der SFR, an den sächsischen Innenminister Roland Wöller gewendet. Sie sprechen sich gegen seine Vorhaben aus, Menschen länger in Erstaufnahmeeinrichtungen zu halten und die Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete anzuwenden, vor allem nicht für drei Jahre. Die Argumentation in den Interviews sowie im [Offenen Brief](#) selber.
<http://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Fluechtlingshelfer-kritisieren-Asylplaene-von-Sachsens-Innenminister-Woeller> (12.02.18)
Interview mit der *Jungen Welt*: <https://www.jungewelt.de/artikel/327219.regelung-bricht-internationales-recht.html> (14.02.18)
Interview mit *Radio Corax*: <http://radiocorax.de/offener-brief-saechsischer-fluechtlingsinitiativen-gegen-saechsischen-innenminister/> (14.02.18)
- Die Stadt Freiberg hat nun offiziell den Zuzugsstopp beim Innenministerium beantragt. Die Kritik des SFR wurde nochmal vom *MDR* aufgegriffen. Der SFR argumentierte, dass ein Zuzugsstopp für anerkannte Geflüchtete lediglich Politik auf dem Rücken der Betroffenen sei, der Stadt aber auch nichts bringe außer Schlagzeilen. Prominent eine Pro-Kopf-Pauschale für Anerkannte zu fordern, sei die bessere Politik. Der Freiburger Oberbürgermeister Sven Krüger möchte dieses Argument nicht gelten lassen, auch mit mehr Geld lasse sich eine Kita nicht schneller bauen.
<https://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/freiberg-stellt-antrag-auf-zuzugsstopp-100.html> (14.02.18)
<https://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/fluechtlingsrat-kritisiert-freiberer-zuzugsstopp-100.html>
(15.02.18)

Hintergrund und Meinung

- Das Kulturbüro Sachsen e.V. hat zum vierten Mal seine Studie „Sachsen rechts unten“ herausgegeben. Die Studie habe das Ziel, die Bezugslinien zwischen der Szene der 90er und der heutigen aufzuzeigen. Dies geschehe beispielsweise allein dadurch, dass heute die Kinder der Faschist*innen von damals aktiv seien. Die Szene achte weiterhin darauf, Faschismus salonfähig zu machen, also durch bewusst gewählte Formulierungen anschlussfähig für das national gesinnte Bürgertum zu sein. Was sich geändert habe, seien die Namen der Gruppierungen. Außerdem werden die Folgen bei der Strafverfolgung von Rechtsradikalen verdeutlicht, zum Beispiel, wenn auf Zeug*innen Druck ausgeübt werde. Akzeptanz sei stark verbreitet, Solidarität und Einschreiten im akuten Notfall eines rechtsradikalen Angriffs nicht selbstverständlich.
<https://www.mdr.de/sachsen/sachsen-rechts-unten-100.html> (16.02.18)
<https://www.sz-online.de/sachsen/die-unanstaendige-gesellschaft-3881292.html> (16.02.18)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rlcl.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

